

Artikel vom 24.04.2018

Jahreshauptversammlung 2018

Jährliche Jahreshauptversammlung des CSU Ortsverbandes Seeon-Seebruck



Ein Jahresrückblick, eine Vorschau auf die kommenden Aufgaben sowie die Wahl der Delegierten in die Kreisvertreterversammlung zur Europawahl standen auf der Tagesordnung. Klaus Steiner, MdL, berichtete den Anwesenden aus der Arbeit des Landtags und der Staatsregierung.

In seinem Jahresrückblick ging Sepp Daxenberger auf die Veranstaltungen der CSU im vergangenen Jahr ein und erinnerte dabei an die Halbzeitbilanz im Kloster Seeon und an die Radltour zu einigen Wasserkraftwerken im Sommer 2017.

Das letzte Jahr sei im Bewusstsein der Bürger vor allem durch den Ausgang der Bundestagswahl und die lange Phase der Regierungsbildung geprägt gewesen. Die neue Bundesregierung vermittele seiner Meinung nach keine Aufbruchstimmung, es gehe weiter wie bisher. Zudem sei der Staatsapparat weiter aufgebläht worden.

Für Bayern stehe in diesem Jahr viel auf dem Spiel. Hauptgegner der CSU im kommenden Landtagswahlkampf sei die AfD, die man unbedingt klein halten müsse. Die CSU müsse das Vertrauen der Wähler zurückgewinnen.

Aus seiner Tätigkeit als Kreisrat berichtete Daxenberger, dass die hervorragende Arbeit, die der Landrat mit den Kreisräten leiste, nun Früchte trage. In den kommenden Jahren werden ca. 180 Mio. € in die Krankenhäuser investiert, damit die medizinische Versorgung der Bürger in der Region auf sehr hohem Niveau möglich sei und die Versorgung nicht in München, Rosenheim oder Salzburg erfolgen müsse.

Während andere Landkreise versuchen Hochschulstandorte zu ergattern, stärkt der Landkreis Traunstein die Berufsschulen, auch mit dem Bau von Wohnheimen.

Der stellvertretende Ortsvorsitzende, Bürgermeister Bernd Ruth, berichtete aus der Arbeit im Rathaus.

Der nun verabschiedete Entwurf des Rathausneubaus hat die Funktionalität gesteigert. Ruth bedankte sich ausdrücklich beim Gemeinderat für die Unterstützung. Er, so Ruth weiter, hoffe, dass die Mitarbeit der ISEK-Lenkungsgruppewieder auflebe. In Seebruck gäbe es noch viel zu tun. Durch den Wegfall der, sicher schwierigen aber nicht unmöglichen, Brückenverschiebung nach Norden, ist der Raum im Ortskern begrenzt. Nun müsse man das Beste daraus machen.

An die Kritiker der Vorleistung der Gemeinde für den Bau des Kreisverkehrs am Malerwinkel gerichtet berichtete Ruth, dass an der Gemeinde nun tatsächlich lediglich die Kosten für den Grunderwerb hängen bleiben. Ohne dem beherzten Voranschreiten der Gemeinde wäre da sonst nichts passiert. Durch die Fokussierung in den letzten Jahren auf den Schuldenabbau sei es in der Gemeinde zu einem Investitionsstau gekommen, der nun abgearbeitet wäre. Dazu gehöre z.B. die Sanierung des Hochbehälters in Seeon.

Gemeinderätin Christine Eglseer berichtete von Ihrer Arbeit für die Gemeinde. Brandaktuell sei das Thema Schulwegbegleiter. Hier waren erhebliche bürokratische Hürden zu nehmen, die dem Bürger völlig überzogen erscheinen. Im Grunde sei aber die ganze Bürokratie auf die Frage der Haftung reduzierbar.

Thilo Schmidt referierte in seinem Impulsvortrag zu Möglichkeiten wie Bürger für Gemeindethemen und damit für die Lokalpolitik und die Mitarbeit zu interessieren seien. Eine Möglichkeit, und zwar im Amtsblatt nicht nur über die Tagesordnungspunkte sondern auch über den Verlauf und die Ergebnisse der öffentlichen Sitzungen zu berichten, wird seit einigen Wochen auf den Antrag der CSU hin umgesetzt.

Eine weitere Möglichkeit bestehe darin Veranstaltungen anzubieten bei denen über ein definiertes Thema der lokalen Ebene diskutiert werde. In der nächsten Zeit seien drei Veranstaltungen geplant. Den Auftakt macht die Veranstaltung „Quo vadis, Seebruck?“ am 18.05., natürlich in Seebruck. Da sollen die aktuellen Entwürfe zur Entwicklung Seebrucks vorgestellt und diskutiert werden. Seebruck soll seine Möglichkeiten wahrnehmen und den See und das Panorama nutzen. Es gehe dabei um unsere Heimat, um nichts Anderes, so Bernd Ruth.

Nach dem Kassenbericht durch Franz Pramps wurde die Vorstandschaft entlastet und die Delegierten zur Kreisvertreterversammlung zur Europawahl gewählt.

In seinem Bericht aus dem Landtag, stellte MdL Klaus Steiner die von Ministerpräsident Söder angekündigte Zukunftsoffensive für Bayern vor. Grundlage für die milliarden schweren Investitionen in Bildung, Sicherheit, Pflege, Familien und Forschung seien die guten finanziellen

Voraussetzungen in Bayern. „Wir wollen nicht die Besten oder Stärkeren sein, es geht nicht um einen Wettbewerb zwischen den Bundesländern, aber wir müssen wieder stärker herausstellen, warum Bayern in Bildung, Familien, Pflege, Sicherheit oder Forschung investieren kann,“ sagte Steiner.

Über das wichtigste Zukunftsthema, nämlich stabiler Finanzen, werde in Deutschland trotz der unglaublichen Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden in Höhe von über 2 Billionen Euro nicht geredet, obwohl dies eine der größten Hypotheken für zukünftige Generationen sei. „Bayern ist das einzige Land in Deutschland, das Schulden zurückzahlt: über 5 Milliarden in den letzten 6 Jahren“ Mit den eingesparten Zinsen und den angesparten Rücklagen könnten jetzt Investitionen getätigt werden, die für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft der Menschen von elementarerer Bedeutung sei.

Steiner, Mitglied im Bildungsausschuss, nannte als Schwerpunkt den Bildungsbereich. „Wir wollen den Bayerischen Weg, mit der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung fortführen und ausbauen“. Bayern sei unter anderem deswegen so erfolgreich weil es auf die duale Ausbildung als eigenständigen Bildungsweg gesetzt habe. Handel, Handwerk und Gewerbe seien das Rückgrat der wirtschaftlichen Stabilität auch im Landkreis Traunstein. „Unser differenziertes Schulsystem ist zwischenzeitlich ein Exportschlager bis nach China und Afrika. Mit 2000 zusätzlichen Lehrerstellen zu den bereits beschlossenen 2000 Stellen, gehe Bayern einen Weg, der in ganz Europa beispielhaft sein.

Der Vorschlag von Dr. Peter Lämmerhirt, das Amtsblatt zukünftig kostenlos abzugeben und an alle Haushalte zu verteilen wurde unter den Anwesenden heftig diskutiert. Bürgermeister Ruth nannte einen jährlichen Betrag in Höhe von ca. 45.000 € die das die Gemeindegeld würde. Der Chance die Bürger damit für die kommunalen Themen mehr zu interessieren stehe er sehr skeptisch gegenüber. Wöchentlich lägen bei der Gemeinde 50 Exemplare aus, die jedoch nicht nachgefragt werden. Der Bürger hat nicht nur das Recht informiert zu werden, er müsse auch informiert werden wollen. Damit geht aber eine Holschuld einher. Christine Eglseer führte an, dass damit noch mehr Papier ungelesen in die Tonne wandern würde. Alfred Eiblmaier mahnte, dass nur weil etwas nicht kostenpflichtig sei, es ja noch lange nicht umsonst sei. Es würde nur von jemand Anderem bezahlt. Er sehe das Geld der Gemeinde für andere Dinge besser ausgegeben. Günther Hartmann regte an, die wöchentlichen Beiträge der Gemeindeverwaltung auf der Homepage der Gemeinde als Datei zum Download anzubieten.